

drängenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit beherzt zu begegnen. Es sollte hochrangig alle Regionen der Welt vertreten.

Fünftens: Die Schwellenländer werden einen Großteil von Infrastrukturmaßnahmen in Entwicklungsländern ohne Konditionen finanzieren und die Entwicklungsbanken dafür nutzen. Unter anderem deshalb muss Deutschland dafür sorgen, dass die europäische Entwicklungszusammenarbeit weiter ausgebaut und im Sinne der sozialen und ökologischen Gestaltung und Beratung in ihrer Bedeutung verstärkt wird. Dazu wäre eine europäische Entwicklungsbank zum gemeinsamen Einsatz sinnvoll.

Sechstens: Der Kontinent, dem wir in

enger Partnerschaft weiter verbunden bleiben sollten, ist Afrika. Die »Lions on the Rise« haben mehr ökonomisches Potenzial als ihnen in deutschen Diskussionen oft zugetraut wird. Eigenverantwortung, Stärkung der Frauen und neues Denken in der Energiepolitik zu unterstützen sind zudem wichtige Zukunftsinvestitionen.

Siebtens: Der Demokratisierungsprozess in Nordafrika zeigt allen angeblichen »Realpolitikern« überdeutlich: Auf Dauer ist eine Gesellschaft nur dann stabil, wenn sie die Chancen für die Menschen schafft, ihr Leben selbst zu bestimmen. Das wird einen politischen »Ansteckungseffekt« auslösen, den die Entwicklungspolitik entschlossen unterstützen sollte. ■

Debatte:

Nicole Renvert

Mehr Außenpolitik wagen

Der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mangelt es an Lobby und Nachwuchs

Außen- und sicherheitspolitische Themen gewinnen zunehmend an Bedeutung, da viele Herausforderungen der internationalen Politik nicht mehr nationalstaatlich zu lösen sind. Gerade in Deutschland zeigen sich jedoch eine Reihe von Schwächen: das Fehlen einer strategischen Gemeinschaft, mangelnder Nachwuchs und fehlende Lobby für diese hochkomplexen Themen.

Nicole Renvert

(* 1968) ist Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik und forscht zur Rolle transnationaler Akteure an der NRW School of Governance, Universität Essen-Duisburg und der Georgetown University.

nicole.renvert@swp-berlin.org



ging, entfachte eine Debatte über Deutschlands Strategiefähigkeit in der Außenpolitik. Denn auch andere Entscheidungen – das Abwarten in der Griechenlandkrise oder die Unentschlossenheit, wie mit den Umbrüchen in der arabischen Welt umzugehen sei –, prägen das Bild vom »zögerlichen Hegemon«.

Dies belastet auch die Beziehungen zur Obama-Regierung, die konkrete Unterstützung von Auslandseinsätzen und berechenbares Verhalten ihrer Bündnispartner erwartet. Deutschland trägt den Libyen-Einsatz nicht mit, ist aber bereit, eine mögliche

Als im März 2011 der UN-Sicherheitsrat die Entscheidung für einen Militäreinsatz in Libyen fällte, enthielt Deutschland sich seiner Stimme. Das Signal, das von dieser Enthaltung aus-

europäische Einsatztruppe zur Sicherung des humanitären Zugangs auf libyschem Boden mitzutragen – sollten die UN die EU um einen solchen Einsatz bitten.

In der deutschen Außenpolitik gibt es zahlreiche weitere Herausforderungen. In der Identitäts- und Strukturkrise der EU unternimmt Deutschland, ehemals Motor des Integrationsprozesses, wenig, um den europäischen Idealismus wiederzubeleben. Die arabische Welt wartet auf klare Signale gegenüber ihren autoritären Herrschern und erhofft zukunftsfähige Initiativen, die die neuen Gesellschaften auf ihrem Weg zu mehr Demokratie und Freiheiten unterstützen. Aber statt eine neue Vision für Deutschland und Europa zu entwickeln, macht sich Deutschland derzeit klein und irrelevant.

Der anklagende Fingerzeig auf die amtierende Regierung allein würde den grundlegenden Problemen deutscher Außenpolitik allerdings nicht gerecht. Denn es fehlt nicht nur an außenpolitischem Interesse und Know-how, sondern auch an Nachwuchs und einer außenpolitischen Lobby.

Deutschland besitzt keine strategische Gemeinschaft wie sie in den USA in großer Zahl an Think Tanks und Forschungseinrichtungen existiert. Den USA ist klar, so stellte der Politikwissenschaftler Stephan Bierling 2007 treffend fest, dass Interessenvertretung in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht ohne professionelle außenpolitische Klasse funktioniert. Daher wird in Lehrinrichtungen investiert, die professionelle Diplomaten und »Policy-Maker« aus- und weiterbilden. In Deutschland gibt es die Hertie School of Governance, Think Tanks wie die Stiftung Wissenschaft und Politik, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, das Global Public Policy Institut oder vereinzelte Initiativen privater Stiftungen. Doch sind diese Bemühungen nicht ausreichend. An den Universitäten wird im Fachbereich Internationale Beziehungen aufgrund der geringen Mitarbeiter- und Mittelausstattung zu wenig getan. Die strategische Gemeinschaft, die außenpoliti-

sche Akzente setzt, ist in Deutschland zu überschaubar und es fehlt an Nachwuchs.

Der mangelnde internationale Nachwuchs berührt fast alle Bereiche – die Wissenschaft ebenso wie die Wirtschaft –, ist aber besonders fatal für die Politik. Es fehlt an Multiplikatoren, die sich international bewegen können, inhaltlich auf diese Aufgaben vorbereitet sind und politisch soweit unterstützt werden, dass ihr Wort Gewicht hat. Neben Sprachkompetenz bedarf es Analysekapazitäten, um außenpolitische Zusammenhänge zu erkennen und frühzeitig auf Chancen und Risiken zu reagieren. Politisches Fingerspitzengefühl und interkulturelle Kompetenz sind nötig, um Zugang zu anderen Gesellschaften zu erhalten. Solche Qualitäten beruhen auf einer optimalen Vorbereitung und können nur langfristig entstehen.

Das Prinzip der »Revolving Door«, das es in den USA Vertretern einer ausscheidenden Regierung erlaubt, in wissenschaftlichen Instituten oder in der Privatwirtschaft tätig zu werden und wieder in die Politik zurückzukehren, stößt in Deutschland zudem auf wenig Akzeptanz. Die starke und nicht mehr zeitgemäße Trennung von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft wird dadurch vertieft. Nur wenige Einrichtungen, wie der Planungsstab des Auswärtigen Amtes oder die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), öffnen ihre Türen für Experten aus der Praxis oder sind bereit, ihr Personal für eine bestimmte Zeit etwa in ein Ministerium oder ein anderes Forschungsinstitut zu entsenden.

Außen- und Sicherheitspolitik fehlt es ferner an einer Lobby, sowohl in der deutschen politischen Elite als auch in der Bevölkerung. Wer sich als Abgeordneter in den Auswärtigen Ausschuss wählen lässt, wird dafür nicht unbedingt in seinem Wahlkreis belohnt. Zu abstrakt scheinen vielen das Engagement in der Außenpolitik und wenig verständlich die Reisen in ferne Länder. Die Quittung erhält manch Abgeordneter bei der nächsten Wahl.

Dass die Globalisierung außenpolitischen Themen einen immer höheren Stellenwert einräumt und direkte Folgen auf innenpolitische Entscheidungen hat, ist jedoch eine Erkenntnis, die nahezu parteiübergreifend geteilt wird. Die Frage jedoch, wie sich darauf vorzubereiten ist, bleibt unbeantwortet.

Außenpolitisches Engagement stärken

Die Grenzen von Außen- und Innenpolitik verschwimmen immer mehr und verändern die Rahmenbedingungen außenpolitischen Handelns. Dies hat Folgen für Politik und Gesellschaft, will man fragilen Staaten, internationalem Terrorismus, dem Klimawandel oder Fragen zur Energiesicherheit begegnen. Hier gilt es, Frühwarnkapazitäten der Politik zu stärken, die Trennung von Praxis und Wissenschaft zu überwinden und das Engagement derjenigen, die sich für internationale Beziehungen engagieren, entsprechend anzuerkennen. Es muss viel stärker in Fort- und Weiterbildung der Multiplikatoren und Entscheidungsträger investiert werden.

Tatsächlich existieren einige vielversprechende Initiativen, wie das von der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründete Netzwerk der »Globalen Atlantiker«. Ihnen gelang es auch in der Phase des transatlantischen Dissenses 2003 den Dialog mit amerikanischen Partnern weiterzuführen. Das Programm ist überparteilich ausgerichtet und besteht aus deutschen und amerikanischen Abgeordneten sowie Vertretern von Think Tanks. Ziel dieser Initiative ist es, die außenpolitische Strategiefähigkeit Deutschlands zu unterstützen. Vergleichbare Programme, wie das Congress-Bundestag Forum der Robert Bosch Stiftung, verfolgen ähnliche Ziele und sollten weiter gestärkt werden, denn Vertrauen und Kooperationswillen entstehen langfristig. Wer seine Ambitionen so deutlich artikuliert,

wie Deutschland dies mit Blick auf einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat tut, muss Gestaltungswillen zeigen. Die Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten bieten eine große Chance, Transformationsgesellschaften zu helfen, ihren eigenen Weg zu mehr Demokratie und Freiheit zu finden. Die bessere finanzielle Ausstattung der deutschen politischen Stiftungen vor Ort war der erste, richtige Schritt, aber es bedarf eines nachhaltigen Engagements. Deutschland und Europa können hier durchaus Ideengeber sein. Über die EU ist oft zu wenig bekannt und eine Differenzierung nach europäischen Ländern findet kaum statt. Dies eröffnet Chancen für verstärktes deutsches Engagement in der Region: Deutschland könnte hierbei auf eigene Erfahrungen zurückgreifen, etwa die Verbesserungen deutsch-französischer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg durch zahlreiche Projekte, und dadurch Anknüpfungspunkte für Transformationsprozesse liefern. Doch auch die deutsche Wiedervereinigung könnte der Orientierung dienen, wie Übergangsprozesse zu gestalten sind und welche Fehler und Chancen zu berücksichtigen wären.

Es gilt, den Vertrauensverlust, den Deutschland und die EU auf Grund ihrer jahrelangen Kooperationen mit den Machthabern der Region verursacht haben, wieder gut zu machen. Klare, deutliche Worte, etwa eine Verurteilung des Vorgehens der syrischen Regierung gegenüber seinen Demonstranten sind dazu ebenso wichtig wie konstruktive Angebote zur Kooperation mit den Umbruchländern.

Auch innerhalb Deutschlands zahlt sich ein solches Engagement aus. Schließlich ist eine erfolgreiche Innenpolitik nur möglich, wenn internationale Themen in der Gesellschaft verankert werden. Diese ist für internationale Themen zu gewinnen, wenn sich die politische Führung international zu positionieren weiß und mit einem klaren »Ja« oder »Nein« bei entscheidenden Fragen antwortet. ■